

Erklärung des Kocheler Kreises der Friedrich-Ebert-Stiftung zur Krise in der Europäischen Währungsunion

anlässlich der Wintertagung am 13.-15.01.2012 in Kochel am See

Europa steckt in der bedrohlichsten Krise der Nachkriegsgeschichte. Nicht nur droht eine erneute Rezession, sondern auch der Zusammenbruch der gemeinsamen Währung. Eine wachsende Zahl von Euro-Staaten hat Probleme, zu akzeptablen Zinsen Geld am Kapitalmarkt zu leihen. Die meisten Regierungen sind deshalb auf einen halsbrecherischen Austeritätskurs eingeschwenkt und versuchen im Hau-Ruck-Verfahren, ihre Staatsdefizite zu senken. Die vom Markt geforderten hohen Zinsen sowie die hastig umgesetzten öffentlichen Ausgabenkürzungen und Steuererhöhungen für die breiten Massen haben eine Reihe von Euro-Volkswirtschaften bereits in die Rezession gestoßen, andere Länder könnten bald folgen. Die Arbeitslosenquote in der Euro-Zone liegt bereits jetzt wieder über dem Höhepunkt der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/9 und dürfte weiter steigen.

Doch auch die sehr ehrgeizigen Austeritätsprogramme haben die Finanzprobleme bislang nicht lösen können. Es besteht die reale Gefahr, dass ein oder mehrere Staaten sich in den kommenden Monaten gezwungen sehen, die Zahlung auf ihre Staatsschulden einzustellen. Ein solcher Zahlungsausfall kann dabei den Austritt des betroffenen Landes aus der Euro-Zone auslösen, woraus sich als Kettenreaktion ein Auseinanderbrechen der Euro-Zone ergeben könnte.

Wir betrachten diese Entwicklung mit großer Sorge – politisch wie wirtschaftlich. Der Erhalt des Euro liegt im Interesse Deutschlands. Als Wirtschaft mit hohem Exportanteil ist Deutschland besonders auf stabile Absatzbedingungen in Europa angewiesen. Trotz des Wachstums in Schwellenländern hat die Euro-Zone, in die 40% der deutschen Ausfuhren gehen, für Deutschland weiterhin ein großes Gewicht. Eine Abwertung der Partnerländer hätte für den deutschen Export dramatische Folgen. Doch selbst wenn es nicht zum Staatsbankrott kommt und der Euro in seiner jetzigen Form Bestand hat, ist angesichts der Schuldenkrise über Jahre hinaus nur mit einem sehr niedrigen Wirtschaftswachstum oder gar Stagnation in der Euro-Zone zu rechnen: Die hohen Finanzierungskosten und die von Deutschland auf europäischer Ebene vorangetriebene Vereinbarung eines raschen Defizitabbaus zwingen die meisten europäischen Länder, jahrelang Staatsausgaben in einem Maße zu kürzen und Steuern auf eine Weise zu erhöhen, wie es ohne historisches Vorbild ist. Diese Politik beschädigt nicht nur die Nachfragedynamik in Europa, sondern über Kürzungen in Bildung und Investitionen und durch die Verfestigung der Arbeitslosigkeit auch die Angebotspotenziale. Es droht ein wirtschaftlich verlorenes Jahrzehnt.

Gefragt ist deshalb dringend ein Politikwechsel in Europa und insbesondere in der deutschen Europapolitik. Die bisherige Politik setzt zu einseitig auf immer neue Sparpakete, vernachlässigt die Förderung von Wirtschaftswachstum und ignoriert die tieferen Ursachen der „Staatsschuldenkrise“, nämlich die seit über einem Jahrzehnt gewachsenen Divergenzen bei Lohnstückkosten und Leistungsbilanzsalden in Europa sowie die globale Finanzkrise 2008/9. Vor der Krise 2008/9 hatten Spanien und Irland sogar Budget-Überschüsse. Das Problem in den meisten Euro-Peripherie-Ländern sind weniger zu hohe Staatsausgaben als zu schwaches Wirtschaftswachstum. Die Schuldenkrise kann daher nur überwunden werden, wenn die Euro-Zone schnell zu robustem Wirtschaftswachstum auch in den Krisenländern zurückfindet.

Wir fordern deshalb:

- Die Bundesregierung muss ihre einseitige Fokussierung auf striktere fiskalpolitische Regeln aufgeben, wie sie sich in dem aktuellen Vertragsentwurf findet, der auf dem EU-Gipfel Ende Januar verabschiedet werden soll. In den Krisenländern müssen die Konsolidierungspfade so gestreckt werden, dass der Teufelskreis aus immer neuen Sparprogrammen und immer tieferer Rezession durchbrochen werden kann. Euro-Staaten mit Leistungsbilanzüberschüssen und moderaten öffentlichen Defiziten müssen die weitere Konsolidierung aussetzen, bis die Konjunktur im Euro-Raum stabilisiert ist.
- Die Bundesregierung muss sich für Wachstums- und Beschäftigungsprogramme in den Krisenländern einsetzen, die mit Mitteln aus dem EU-Budget und/oder zusätzlichen europäischen Mitteln finanziert werden. Diese Programme sollen einerseits die Folgen der nationalen Austeritätsprogramme dämpfen, zum anderen durch Investitionen in Bildung, Infrastruktur und neue Technologien die Wettbewerbsfähigkeit der Krisenländer erhöhen. Die Programme müssen ein ausreichend großes Volumen haben und deshalb mehrere Prozent des Bruttoinlandsprodukts der Krisenländer ausmachen.
- Zum Abbau der Außenhandelsungleichgewichte muss die Inlandsnachfrage in Deutschland kräftiger expandieren. Um diesen Prozess zu unterstützen, muss die Bundesregierung die öffentlichen Investitionen erhöhen. Außerdem sollte sie alle ihr zur Verfügung stehenden Instrumente wie Arbeitsmarktgesetzgebung, gesetzliche Mindestlöhne, Allgemeinverbindlichkeitserklärungen von Tarifverträgen und ihren Einfluss auf die Tarifabschlüsse im öffentlichen Dienst nutzen, um die 2011 eingeschlagene Rückkehr zur produktivitätsorientierten Lohnpolitik in den kommenden Jahren fortzusetzen.
- Mit ihrer Fundamentalopposition gegen alle Formen von Eurobonds oder gemeinschaftlicher Haftung für öffentliche Schulden hat die Bundesregierung einen schweren Fehler gemacht. Nun muss sie einen Kurswechsel vollziehen. Sie sollte Vorschläge prüfen und offensiv mit den europäischen Partnern diskutieren, bei denen sich eine schnelle Entlastung der Krisenstaaten vom aktuellen Marktdruck mit mittelfristiger Fiskaldisziplin verbinden lassen – beispielsweise der Blue-Bonds/Red-Bonds-Vorschlag des Brüsseler Think-Tanks Bruegel.
- Investorenpanik, nicht unverantwortliche Staatsfinanzen, zwingt eine Reihe von Ländern trotz moderater Schuldenstände inzwischen so hohe Zinsen zu zahlen, dass ihre Zahlungsfähigkeit mittel- und langfristig gefährdet ist. In diesen Fällen haben die betroffenen Länder eigentlich nur ein Liquiditätsproblem, das erst durch die vom Markt geforderten unangemessen hohen Zinsen zu einem Solvenzproblem wird. Die Bundesregierung muss deshalb der Europäischen Zentralbank öffentlich dabei den Rücken stärken, notfalls und für begrenzte Zeit Höchstzinsen für die Staatsanleihen solcher Staaten mit Liquiditätsproblemen festlegen und diese mit unbegrenzten Ankäufen von Staatsanleihen am Sekundärmarkt durchzusetzen.

Die folgenden Mitglieder des Kocheler Kreises für Wirtschaftspolitik

haben diese Erklärung unterzeichnet:

Klaus Barthel, MdB

Dr. Dirk Bergrath

Dr. Lothar Bückels

Dirk Böning

Andreas Botsch

Bernhard Brinkmann, MdB

Katrin Budde, MdL

Dr. Michael Dauderstädt

Prof. Dr. Sebastian Dullien

Prof. Dr. Wolfgang Filc

Prof. Dr. Ulrich Fritsche

Dr. Hubert Gabrisch

Dr. Joachim Geske

Prof. Dr. Harald Hagemann

Dr. Friedrich-Wilhelm Haug

Elmar Heisterkamp

Dr. Alexander Herzog-Stein

Thorsten Hild

Dr. Felix Hörisch

Prof. Dr. Gustav A. Horn

Christian Hoßbach

Prof. Dr. Gerhard Illing

Prof. Dr. Heike Joebges

Gerhard Juchum

Prof. Dr. Peter Kalmbach

Dr. Thomas Keidel

Prof. Dr. Hagen Krämer

Dr. Tobias Kronenberg

Prof. Dr. Heinz D. Kurz

Dr. Jochem Langkau

Christoph Majewski

Prof. Dr. Peter Mayer

Dr. Torsten Niechoj

Prof. Dr. Jan Prieue

Dr. Katja Rietzler

Dr. h.c. Wolfgang Roth

Ortwin Runde

Prof. Dr. Hans Joachim Schalk

Prof. Dr. Johannes Schmidt

Markus Schreyer

Prof. Dr. Ronald Schettkat

Dr. Sigrid Skarpelis-Sperk

Dr. Werner Sengenberger

Dr. Carsten Sieling, MdB

Andreas Steppuhn

Hartmut Tofaute

Prof. Dr. Hans-Michael Trautwein

Dr. Achim Truger

Dr. Dieter Vesper

Dr. Sigurt Vitols

Marko Wolfram

Dr. Rudolf Zwiener

Der Kocheler Kreis der Friedrich-Ebert-Stiftung ist ein Forum der Begegnung von Wissenschaftlern und Praktikern zum Zwecke der wirtschaftspolitischen Beratung. Es handelt sich um einen lockeren Zusammenschluss von Vertretern universitärer und außeruniversitärer Forschungseinrichtungen, der Bundes- und Landespolitik, Gewerkschafts- und Unternehmensvertretern sowie Vertretern der staatlichen Verwaltung. Der Kocheler Kreis trifft sich in der Regel zweimal pro Jahr, um aktuelle und grundsätzliche Fragen der Wirtschafts- und Finanzpolitik zu erörtern.